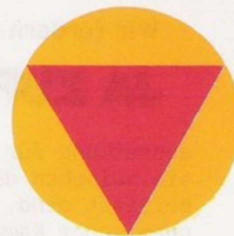
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

6/87

Am 6. Mai 1987 hatten Renate Sonnenberg, Willi Hundertmark und Volker Homburg ein Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der SPD im Lande Bremen, Herbert Brückner. Hierbei ging er u.a. auf folgende Fragen ein:



Die Bremer SPD hat jetzt eine Unterschriftenkampagne für die Null-Lösung initiiert. Was hat die SPD dazu bewogen? Welche konkreten Ziele haben Sie sich dabei gestellt?

Eine der wesentlichen Grundlagen sozialdemokratischer Politik ist Frieden und Abrüstung. Die SPD im Lande Bremen will mit der Unterschriftenkampagne Druck machen, damit die historische Chance, erstmalig einen Abbau von Raketen vorzunehmen, nicht durch diese konservative Bundesregierung und nicht durch einen politisch unsicheren meinungslosen Bundeskanzler verhindert wird. Es ist unser Ziel, mit dieser Kampagne eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erreichen, damit die Mehrheit unserer Bevölkerung sich als Friedensbewegung gegen die Politik einiger, die zur Zeit in Bonn regieren, durchsetzt.

Sie sind auf Grund Ihres Ausspruchs "Kohl sei ein Kriegstreiber" stark in der Öffentlichkeit angegriffen worden. Ist diese Bemerkung Ausdruck einer ungenauen Wiedergabe Ihrer Worte im Rahmen einer engagierten Diskussion oder wollten Sie damit eine bewußte politische Aussage treffen?

Den Vorwurf an den Kanzler, er sei ein Kriegsvorbereiter, habe ich bewußt aufgestellt. Das vollständige Zitat lautet: "Wenn und solange Kanzler Kohl die doppelte Null-Lösung verhindert, nenne ich ihn verantwortungslos, einen Kriegsvorbereiter, einen, der schwere Schuld auf sich lädt, unter der kommende Generationen leiden müssen."
Man muß politische Wahrheiten deutlich aussprechen: Wer diese Chance der Abrüstung - auf die sich die USA und die UdSSR schon weitgehend geeinigt haben - zerstört, nimmt in Kauf, daß nicht nur die jetzt aufgestellten Raketen hierbleiben, sondern weitere Aufrüstung folgen wird; damit wird ein Krieg möglicher, ein Krieg vorbereitet. Es muß uns allen doch klar sein, daß wir uns schon jetzt in einer Vor-Kriegs-Zeit befinden!

Die Null-Lösung kann der Einstieg in Abrüstungsschritte sein. Welchen Stellenwert nehmen bei Ihren Überlegungen zukünftig SDI ein?

Der Abbau aller Mittelstreckenraketen ist tatsächlich ein erster und gewaltiger Einstieg in die Abrüstung. Weitere Schritte müssen folgen sowohl in Richtung des Abbaus der konventionellen Rüstung als auch in Richtung der Verhinderung der Aufrüstung im Weltall. Die SPD ist ein entschiedener Gegner des SDI-Programms!

Die SPD hat z.B. mit der SED ein Abkommen über die Ächtung chemischer Kampfstoffe geschlossen. Welche Möglichkeiten der politischen Durchsetzung sehen Sie?

Der Grundgedanke unserer Gespräche und Abkommen mit der SED ist der, daß vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf! Die Umsetzung der Absprachen und Abkommen über einen atomwaffenfreien Korridor und über die Ächtung chemischer Kampfstoffe gelingt nur im Rahmen der Verringerung der Rüstungsblöcke Ost und West. Deshalb ist ein Mittelstrecken-Raketen-Abbau, der jetzt möglich ist, auch eine gute Vor-

Wir fordern von der Bundesregierung:

JA ZUR NULL-LÖSUNG - WEG MIT DEN RAKETEN

aussetzung für weitere Abkommen, wie sie zwischen der SED und SPD schon vorbereitet sind, z.B. über das Verbot chemischer Kampfstoffe.

Dieser Aufruf zur Null-Lösung von Ihnen trifft trotz seiner positiven Grundaussage nicht die ungeteilte Zustimmung. Es gibt ja Stimmen - sicherlich auch in unserer Organisation - die sagen: die Null-Lösung fordert die SPD von der Bundesregierung; aber was macht die SPD hier vor Ort zur Verringerung der Rüstungsarbeitsplätze?

Sie sprechen hiermit ein für Bremen besonders schwieriges Problem an; ca. 10.000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt davon abhängig. Hierin liegt für uns Sozialdemokraten ein grundsätzlicher Widerspruch zu unserer Friedens- und Abrüstungspolitik, den wir von Bremen aus allein nicht lösen können. Langfristig streben Sozialdemokraten eine Umsteuerung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter an. Dafür ist eine konsequente Abrüstungspolitik und eine Umstrukturierung des Verteidigunghaushaltes schon jetzt eine wichtige Voraussetzung. In Bremen werden wir an dieser Umsteuerung mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln mitwirken, mit der Zielsetzung, dadurch keine neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen. Wir werden gewerkschaftliche und betriebliche Arbeitskreise zur Rüstungskonversion unterstützen und Forschung zur Rüstungskonversion der Bremer Universität fördern, sowie durch Änderung der Förderpraxis den Umsteuerungsprozeß auf zivile Güter beschleunigen.

Am 13. Juni ruft die Friedensbewegung zu einer Großdemonstration nach Bonn auf. Werden Sie die Demonstration unterstützen? Werden Sie trotz des Landesparteitages dazu aufrufen?

Ich unterstütze die Großdemonstration am 13.6. Leider können wir unseren Landesparteitag nicht mehr verlegen, so daß ich selbst an dieser Großveranstaltung der Friedensbewegung teilnehmen kann. Ich rufe aber die Mitglieder unserer Partei auf, an diesem Tag in Bonn für den Frieden, für ein Ja zur Null-Lösung - Weg mit den Raketen, zu demonstrieren, damit die Macht der Bevölkerung auf die Politiker in Bonn Druck macht.

AUS DER GESCHICHTE: →

Wir alle wollten schon immer:
SS 20, 22, 23, Pershing IA, II und Cruise Missiles müssen verschwinden.

Endlich wollen die USA und die UdSSR den
Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa: Nullösung.
Nur die jetzige Bundesregierung will das nicht.
Die Gegner der Entspannung sitzen in Bonn!

Packt die Chance zur Abrüstung!
Packt die Chance zum Frieden in Ost und West!

Wir fordern von der Bundesregierung:
Ja zur Nullösung! Weg mit den Raketen!

Diesem Ziel dient die
Großdemonstration der Friedensbewegung
13. Juni 1987 in Bonn
Demonstriert mit!

WICHTIG !

Lidice Kundgebung

Die Lidice Initiative in Bremen wird am 10.6.87 aus Anlaß des 45. Jahrestages der Vernichtung von Lidice eine Gedenkveranstaltung durchführen. Diese wird stattfinden auf dem Platz vor dem Finanzamt (sog. Haus des Reichs). Die Veranstaltung soll aktionsbezogen durchgeführt werden, d.h. es soll dort u.a. ein Rosenbeet angelegt werden (ähnlich wie in Lidice selbst!), durch Einbeziehung der Zuschauer soll versucht werden, darzustellen, was damals in Lidice geschehen ist. An der Kundgebung wird voraussichtlich auch ein Vertreter der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn sprechen.

Die Veranstaltung wird am 10.6.1987 um 17.00 Uhr beginnen. VVN-Kameraden werden gebeten an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Lehrer und Lehrerinnen, sowie Sozialarbeiter sollten sich mit ihren Schulklassen bzw. Jugendgruppen an der Veranstaltung beteiligen.

10. Juni 1942:
die Nazis begehen ein Massaker in Lidice. Das tschechische Dorf wird vollständig niedergebrannt, die männlichen Einwohner über 15 Jahre werden noch in derselben Nacht ermordet, die Frauen kommen in ein KZ und die Kinder werden verschleppt. Von den 104 Kindern aus Lidice sind 87 im Vernichtungslager Chelmno vergast worden. Nur 17 Kinder aus Lidice haben die Nazi-Barbarei überlebt. Eine von ihnen, die jetzige Bürgermeisterin vom wiederaufgebauten Lidice, war 1984 bei der Umbenennung der kommunalen Jugendbildungsstätte in Bremen-St. Magnus in "Lidice-Haus" anwesend.

Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus

Alte und neue Nazis dürfen in Bremen keine Chance haben !

Als im Januar 1987, kurz vor der Bundestagswahl, Neofaschisten paramilitärisch durch Bremen marschierten, schreckte das die demokratische Öffentlichkeit auf. Wie war es möglich, daß in einem Bundesland mit ausgeprägtem antifaschistischem Grundverständnis der Bevölkerung ausgerechnet die FAP aufziehen konnte?

Zusätzliche Betroffenheit lösten die ausländerfeindlichen, menschenverachtenden Wahlwerbesendungen aus, die über Fernsehen und Rundfunk für neofaschistische Organisationen ausgestrahlt wurden.

Um solchen Entwicklungen entgegenzutreten, bildete sich einige Tage vor der Bundestagswahl eine Initiative zur Verhinderung der Kandidatur neofaschistischer Organisationen zur Bürgerschaftswahl in Bremen. Man hatte sich aus Solidarität mit der VVN-BdA in ihren Räumen getroffen, weil auf ihr Büro kurz zuvor ein Anschlag verübt worden war. Vertreterinnen und Vertreter der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Betriebsräte, Vertreter der DFU, DKP, Grünen, SPD, VVN-BdA und unorganisierte Antifaschisten diskutierten gemeinsame Handlungsstrategien zum Erhalt und Ausbau des antifaschistischen Klimas im Lande Bremen.

Mit der aus diesem Bündnis initiierten Unterschriftenkampagne
- für ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen
- für die Unterbindung ihrer Propaganda
- für die Unterbindung ihrer Versammlungen
- gegen die Zulassung ihrer Kandidatur zur Bürgerschaftswahl.

ist in Bremen die Auseinandersetzung über die Gefahr des Neofaschismus und notwendiger antifaschistischer Aktivitäten breiter entfaltet worden. Die Unterschriftenlisten wurden bereits von 4000 Bürgerinnen und Bürgern aus dem Lande Bremen unterschrieben.

Die Bedeutung des Bündnisses wurde durch die verstärkten Aktivitäten neofaschistischer Kräfte in Bremen immer wieder deutlich. Die DVU-Liste D, ein Wahlbündnis von NPD und DVU, hat bereits mit drei Postwurfsendungen in alle Bremer Haushalte versucht, durch Ausländerfeindlichkeit und rassistische Pamphlete das politische Klima in Bremen zu vergiften.

Der Prozeß gegen den FAP Führer Markus Privenau zeigt, wie hier eine militante neofaschistische Gruppe Terror und Gewaltaktionen vorbereiten wollte.

Auch die Republikaner haben sich Bremen als Testfeld ausgesucht. Sie geben sich konservativ national. Sie haben mit ihrer auf ihrem Bundesparteitag vorgetragenen Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie in ihrer Zielsetzung Übereinstimmungen mit der NPD aufweisen.

Alle aufgezeigten Ereignisse und Aktivitäten sind von dem antifaschistischen Bündnis sehr aufmerksam beobachtet und kommentiert, die Öffentlichkeit ist über Hintergründe und Zusammenhänge aufgeklärt worden. Das engagierte Auftreten der Postbeamten, die Bürgerschaftsdebatte über Neofaschismus und rechtliche Gegenmaßnahmen des Senats gegen die DVU haben zusammen zu größerer Sensibilität gegenüber Rechtsentwicklung und Neofaschismus im Lande Bremen beigetragen.

Die nächsten Wochen stehen ganz im Zeichen dieser gewachsenen antifaschistischen Aktivitäten:
- am 11.Juni, um 20.00 Uhr soll in der Neustadt eine Podiumsdiskussion zum Problem Neofaschismus stattfinden;
- in Osterholz Tenever soll ein Spaziergang zu kommunalpolitischen Fragen durchgeführt werden; im Rahmen dieses Rundganges werden ausländerfeindliche Sprüche übermalt;
- vom 22. - 27. Juni findet im JFH Findorff eine antifaschistische Woche statt;
- am 25. Juni um 17.00 Uhr soll im JFH Friesenstr. eine Talk-Show zum Problem Jugend und Neofaschismus durchgeführt werden;
- Werbewände neofaschistischer Gruppen (z.B. der DVU) werden mit entsprechenden antifaschistischen Hinweisen versehen; usw.

Eine wichtige Aufgabe des Bündnisses "Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" war und wird in den nächsten Wochen weiterhin sein, diese Aktivitäten mit Referenten und Aufklärungsmaterial zu unterstützen. Weitere Veranstaltungen und Aktionen in anderen Stadtteilen sollten angeregt werden.

Am Montag, dem 4.Mai 1987 trafen sich im Bürgerhaus Gustav-Heinemann Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der SPD, der Grünen, der DKP, Juso, SDAJ, Kirchengemeinden und der VVN-BdA, um gemeinsam über Möglichkei-

ten zu beraten, wie man sinnvoll dem immter dreisteren Auftreten neofaschistischer Gruppen entgegentreten kann. Man hat sich darauf geeinigt, an den folgenden Tagen im Juni Info-Tische durchzuführen:

6.6., ab 10.00 Uhr
12.6., ab 16.00 Uhr
20.6., ab 10.00 Uhr
27.6., ab 10.00 Uhr.

Für diese Aktivitäten sollen noch Informationsmaterialien erstellt und vor allem sollen Unterschriften gegen die Kandidatur neofaschistischer Organisationen zur Bürgerschaftswahl gesammelt werden. Aktionen wie: "neofaschistische Propaganda auf den Müll" bieten sich zur Wiederholung an.

eine Bemerkung:

Zur Podiumsdiskussion am 22.5.87 hatte die Initiative "Bremerinnen und Bremer gegen Alt- und Neonazis" eingeladen.Das Podium und die Teilnehmer befürworteten die Aufklärungsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, um das im Lande Bremen bereits vorhandene antifaschistische Bewußtsein noch weiter zu entwickeln. Unterschiedliche Auffassungen gab es in der Beurteilung des Art. 139 des Grundgesetzes (GG). Es wurde gesagt, die herrschende Meinung in der BRD - auch in den Rechts- und Justizkreisen- verneine die Rechtsgültigkeit des Art. 139, weil es Besatzungsrecht sei. Diese Kreise übersehen die eindeutige Aussage des Artikels. Hier der Text:
" (Befreiungsgesetz) Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt."
Daß die Väter des Grundgesetzes diesen Art. bewußt aufgenommen haben, darüber dürfte es keinen Zweifel geben. Bei ihnen herrschte mehrheitlich das Bewußtsein mit Nazismus und Militarismus aufzuräumen. Davon zeugen die Grundrechte - allerdings ohne den später zugefügten "a"-Artikel.
Heute hat das antifaschistische Bewußtsein wieder eine große Mehrheit, wie der 8.Mai 85 und Umfragen belegen. Es bleibt der Auftrag für die Antifaschisten, weiter dafür zu wirken, damit die antifaschistischen Grundsätze des GG wieder zur herrschenden Meinung werden.

W.H:

Die nächste Ausgabe des BAF erscheint als Doppelnummer Juli / August

Keine politische Hintergrunde?

weitere Informationen zum Prozeß gegen Markus Privenau

Am 4., 12. und 21. Mai 1987 fanden weitere Sitzungen im Prozeß gegen den FAP-Vorsitzenden Markus Privenau und Christian Prawato statt.
Immer mehr entwickelt sich dieser Prozeß zu einer Farce, zu dem maßgeblich Richter Beyerle beiträgt. Daß die Verteidiger der beiden die politischen Hintergründe aus dem Prozeß heraushalten wollen, ist verständlich, aber daß desgleichen auch vom Richter gemacht wird, ist unverantwortlich.
Allein schon die Anwesenheit der vielen Anhänger Privenaus im Saal - übrigens zum Teil in SA-ähnlicher Kleidung - zeigt, welch politische Bedeutung diesem Prozeß tatsächlich zukommt.
Staatsanwalt Hoff ist sich dieser Tatsache bewußt und möchte dies auch aufdecken. Seine Anträge in dieser Richtung werden jedoch reihenweise vom Gericht zurückgewiesen. Somit geht die Rechnung der Verteidiger auf: zwei junge Leute machen Schießübungen mit einem alten Vorderlader und dabei wird "zufällig" ein Jagdpächter erschossen, der leider hinter dem Zielobjekt auftauchte und von den Jugendlichen aufgrund seiner grünen Kleidung nicht gesehen werden konnte.
Ausgeblendet werden, warum Schießübungen gemacht wurden, zu welchem Verein die Pistole quasi als Mitgliedsbeitrag dienen sollte (an Stelle von Geldbeiträgen), ob es noch mehr Schießübungen gegeben hat in Verbindung mit der Gründung einer Wehrsportgruppe etc., etc..
Allerdings will Hoff zwar die Gründung der Wehrsportgruppe als Tathintergrund aufdecken, aber bisher nicht strafrechtlich verfolgen. Privenau konnte dann auch während einer Sitzung freimütig ausplaudern, daß er diese Wehrsportgruppe tatsächlich geplant hat und sie auch mit Deko-Waffen (7 Karabiner) ausrüsten wollte.
Steht dies aber nicht in Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Bielefeld, Schlüchtern (Hessen) und Oberhausen, wo bei FAP-Anhängern Waffen in Beschlag genommen wurden und u.a. Wehrsportlager durchgeführt werden sollten? Hätte also hier nicht härter durchge-

griffen werden müssen und sofort nach der U-Haft Privenaus für solche und andere Delikte ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden müssen, statt erst jetzt nach fast zwei Jahren?

Jedes Mal, wenn Privenau aus der U-Haft entlassen wurde, hat er seine neofaschistischen Aktivitäten verstärkt. Die Schmierereien am Kennedy-Platz, der geplante Angriff auf die VVN-Ausstellung in den Weser Terrassen haben keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich gezogen.
In einem Beileidsschreiben an die Witwe des erschossenen Jagdpächters drückt er zwar sein Beileid aus, aber betont gleichzeitig, daß dieser Vorfall ihn nicht vom eingeschlagenen Weg abbringen wird.
Wann wird man also Privenau das Handwerk legen und verhindern, daß er zur Bürgerschaftswahl antritt?

Am 1. Juni 1987 (nach Redaktionsschluß) wird voraussichtlich das Urteil gefällt.

FriedensFest

Das war ein Leben im Nachbarschaftshaus Am Ohlenhof am Sonntag, dem 17.Mai.
Der überaus gute Besuch bestätigte, wenn es für den Frieden ist, dann kommen Jung und Alt, aber auch wenn es am Sonntag nachmittag ist. Rundum in großen Saal boten Info-Bücher und andere Tische reichlich Informationen. Im Videoraum wurde im Film über die Geschichte des KZ Riespott informiert. Die Ausstellung über den Neonazismus im langen Flur führte zum Infostand der VVN-BdA, der ständig Besucher hatte.
Im Tagungsraum stand der vom Gustav-Heinemann Bürgerhaus "unbekannte Deserteur". Stellwände informierten über Kampagne für und gegen das Denk-Mal an dem immer wieder Aussprachen stattfanden.
In diesem Raum wurde ab 16 Uhr mit Senator Henning Scherf, Pastor Hartmut Drewes, Ekkehard Lenz von der DFU und Ludwig Ladewig, B.R. vom M.B.B. über Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens eine lebhafte Debatte geführt. Nachdem der neueste Kohl-Rundschlag abgehakt war, wurde darüber debattiert, was in Bremen getan werden kann. Da wurde vor allem diese Vorschläge gemacht: Die Bremische Bürgerschaft und der Senat, sollten bei allen Finanzschwierigkeiten deutlich sagen, daß diese die Folgen der Bremer Rüstungspolitik sind. Falls die Stahlhelm-Fraktion die O-Lösung weiter blockieren sollte, sollte im Land Bremen ein Volksentscheid durchgeführt werden. Von diesem Verfassungsrecht sollte mehr Gebrauch gemacht werden. In den Unternehmen, in denen der Bremer Senat beteiligt ist, sollte mehr Einfluß für eine zivile Produktion genommen werden. So z.B. bei MBB, wo eine IG-Metall-Gruppe ein Alternativprogramm entwickelt hat. Kritisiert wurden Bemerkungen vom Bürgermeister Wedem für die Senator Henning Scherf plausible Erklärungen abgab.
Die anschließende Runde mit den Zeitzeugen Bernhard Voßberg, Willy Hundertmark, Wilhelm Blase, Ani Ahrend, Hermann Prüser mußte um einige Zeit verschoben werden, weil der hant chor im großen Saal sang. Hier sollten Erfahrungen des Widerstandes ausgetauscht werden. Ausgehend von der Erfahrung, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung erst in den KZ´s überwunden wurde, wurde die Gegenwart sehr kritisch diskutiert. Trotzdem einigte man sich in der Frage: Was kann der Einzelne tun? Zu diesen Tätigkeiten: Jeder müsse sich immer selbst umfassend informieren und bilden. Immer daran denken, daß den Friedenswilligen ein böswilliger Gegner gegenübersteht. Beim Zusammenschluß mit Gleichgesinnten kann es auch Meinungsverschiedenheiten geben, die sachlich ausgetragen werden sollten. Ständig Menschen ansprechen und die neofaschistischen Organisationen entlarven.

W.H.

auf der Spur der Moorsoldaten

Wer fährt mit?

Die Gruppe West hat für den 23. August eine Fahrt nach Papenburg vorbereitet.

Nach der Besichtigung des neuen Dokumentarzentrums, Mittagessen, werden einige der ehemaligen KZ Moorlager angefahren.
Gäste sind willkommen, aber es wird um schnelle Anmeldung gebeten. Bei ausreichender Teilnahme müßte ein Bus gemietet werden.
Anmeldung im Büro, Tel. 38 29 14 oder Kamerad Helmut, Tel. 38 29 47 oder bei Hundertmark, Tel. 61 12 62.
Treffpunkt am 23.8.87 um 8 Uhr am Büro Bgmstr. Deichmannstr. 26.

antifa. Sommerschüle

ANTIFA. SOMMERSCHULE in Hörste/Lage am Teutoburger Wald vom 25.7. - 8.8.87

In Zusammenarbeit mit 2 weiteren Weiterbildungsträgern organisiert in diesem Jahr zum 5.Mal die VVN-BdA eine antifa. Sommerschule.
In erster Linie richtet sich die Sommerschule an Eltern mit kleinen Kindern, die ansonsten kaum Möglichkeiten haben zur Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen. Die Kinderbetreuung ist kostenlos. Aber auch ältere Kollegen/innen und Kameraden/innen sind herzlichst eingeladen.
Während der diesjährigen Sommerschule soll die sog. Historikerdebatte analysiert werden. Desweiteren stehen Fragen der antifa. Bewußtseinsbildung auf dem Programm. Geplant sind Filme, Gespräche, Referate und Arbeitsgruppen.
Neben dem Freizeitangebot (50% des Programms) gibt es auch eine Reihe von politischen Exkursionen (ehem. KZ Niederhagen/Wewelsburg, Stukenbrock, etc.). Am Veranstaltungsort - eine Bildungsstätte - sind vorhanden: Sauna, Schwimmbecken, Sportanlagen, Videoanlage mit Videothek, Bibliothek, Kneipe. Die waldreiche Umgebung eignet sich sehr gut für Wanderungen.
Teilnehmer-Gebühr: DM 395.- (bzw. 320.- für Arbeitslose), für Kinder bis 2 Jahre keine Gebühr, für Kinder von 2-8Jahren DM 200.-, für Kinder und Jugendliche von 8-18 Jahren DM 280.- .
Anmeldung bis zum 12.6.87 bei:
Institut für Arbeitnehmerbildung "Heinrich Hansen", Teutoburger Waldstr. 105, 4937 Lage/Hörste, Tel. 05232/89891.

Bildungsurlaub wird anerkannt!

Geburtstagsgrüsse

Wir gratulieren ganz herzlich unseren Kameradinnen und Kameraden, die im Juni Geburtstag haben:

2.6.	Horst Hackenroich	73 Jahre
9.6.	Meta Lührs	83 Jahre
9.6.	Hermann Prüser	84 Jahre
9.6.	Hermine Scheffler	74 Jahre
14.6.	Theo Wattenberg	78 Jahre
16.6.	Julius Mensching	81 Jahre
17.6.	Hermann Teetz	86 Jahre
18.6.	Ernst Meyer	86 Jahre
30.6.	Hanna Erdmann	91 Jahre

Termine & Nachrichten

Berichtigung:

In meinem Dank an alle Gratulanten zur Vollendung meines 80. Lebensjahres sind bedauerlicherweise ein paar Zeilen "ausgefallen". Statt:
"Dem Generalsekretär der VVN-BdA Bremen e.V. Volker Homburg"
muß es heißen:
"Dem Generalsekretär der VVN-BdA Frankfurt für die BRD, Kurt Erlebach;
Dem Sekretär der VVN-BdA Bremen e.V. Volker Homburg".

Willy Hundertmark

Singekreis Hermann-Böse

Liebe Sängerinnen und Sänger,
wir treffen uns wie bisher Donnerstags alle 14 Tage um 19 Uhr im Büro der VVN-BdA e.V. Bgmstr. Deichmannstr. 26
Donnerstag, den 4. Juni
Donnerstag, den 18. Juni
Donnerstag, den 2. Juli
Donnerstag, den 16. Juli
Donnerstag, den 30. Juli
Donnerstag, den 13. August
Donnerstag, den 27. August

Neustadt

Am 18.6. um 20 Uhr Zusammenkunft der Initiative: "Neustädter gegen Neonazis in die Bürgerschaft" im "Klöntje" Lahnstraße.
Außerdem Beratung zum Friedensfest am 23.8.1987.

Bremen

Gruppe Ost:

24.6., 19.30 Uhr (Gruppe Ost ruft an)

Gruppe West:

15.6., 20.00 Uhr MV zum Thema:
"Demokratische Rechte/ Ausländerfeindlichkeit"
Bgm.Deichmannstr. 26

Bremen Nord

10.6., MV Bürgerhaus Gustav Heinemann

Bremerhaven

2.6., 20.00 Uhr MV zum Thema:
" Geschichtsarbeit"
ev.ref. Gemeinde, Wielandstr.
23.6., 20.00 Uhr MV
ev.ref. Gemeinde, Wielandstr.